

basierend auf grösserer Knappheit, schärferem Kampf um Zielprioritäten, grösserer Involviertheit, stärkerer persönlicher Verletzlichkeit, welches zu unerwünschter sozialer Kontrolle führen kann, was wiederum als Gegenreaktion zum Schutz der Privatheit, Liberalismus und Antietatismus führe (455).

Das enge persönliche Beziehungsgeflecht im Kleinstaat, in welchem vieles überschaubar und potentiell öffentlich ist, fördert eine übertriebene Hochhaltung von Vertraulichkeitsmaximen (456). Selektive und zurückhaltende öffentliche Kommunikation von Regierungs- und Amtsstellen passt ebenso in dieses Muster wie die Diskretionen des Finanzplatzes, insbesondere das Bankgeheimnis. In dieses Beziehungsnetz sind jedoch vielfach auch die Medien einbezogen, welche sich in symbiotischem Verhältnis zur Politik bewegen – in der Begrifflichkeit von Alemanns ein «Biotop»²⁴ –, wobei nicht immer klar ist, ob sie mehr den Logiken des Mediensystems oder des politischen Systems gehorchen.²⁵

So erscheint am Ende der Widerspruch, dass die Kleinheit theoretisch einerseits als ideale Ausgangslage für praktizierte direkte Demokratie angesehen werden kann. Da die Abhängigkeit der Informationsvermittlung und öffentlichen Debatte von Medien, Medienbeherrschern, Machträgern und Finanzgrössen im Kleinstaat geringer erscheint als in grossen politischen Einheiten, kann ein fairerer Meinungsbildungsprozess erwartet werden. Andererseits muss aber persönliche Beeinflussung und Manipulation gerade dort vermutet werden, wo interpersonale Kommunikation, normative Erwartungshaltungen und sozialer Druck eine grössere Rolle spielen, also in kleinen Verhältnissen. Dies bewog nach Mutz (2001) bereits die Autoren der Federalist Papers in der Gründungszeit der amerikanischen Demokratie dazu, die politische Meinungsbildung auf der Basis unpersönlicher, anonymer, sekundärer Information der Meinungsbildung auf der Basis von Face-to-Face-Knowledge vorzuziehen.

24 v. Alemann 1997, 494. Damit grenzt er das Verhältnis von Politik und Medien gegen die Vorstellung einer Dominanz des politischen Systems («top down»), der Dominanz des Publikums («bottom up») und der Dominanz des Mediensystems («Mediokratie») ab.

25 Vgl. Marcinkowski / Marxer 2006 und weitere Beiträge in Blum u. a. (Hrsg.) 2006.